

DER PRÄSIDENT DES FINANZGERICHTS

Geschäftsverteilungsplan des Finanzgerichts Hamburg

für das Jahr 2010

Anschrift:

Lübeckertordamm 4
20099 Hamburg

Telefon: (040) 428.43.7770

Telefax: (040) 428.43.7777

E-Mail:

poststelle@fg.justiz.hamburg.de

Internet:

www.fghamburg.de

www.justiz.hamburg.de/finanzgericht

**Präsident
des Finanzgerichts**

Dr. Jan

G r o t h e e r

**Vizepräsident
des Finanzgerichts**

Werner

K u h r

**Präsidialrichter und
Pressesprecher
Richter am Finanzgericht**

Christoph

Schoenfeld

**Geschäftsleiterin
Justizamtfrau**

Sabrina

S c h u l t

**Vorzimmer
des Präsidenten
Erste Sekretärin**

Wilma

B e r g e r

Telefon

(040) 428.43.7788

1. Senat

Vorsitzende:

Vorsitzende Richterin
am Finanzgericht

Ständige Mitglieder:

Richterin am Finanzgericht

Richter am Finanzgericht

Ehrenamtliche Richter:

Lt. Anlage A

A. Allgemeine Zuständigkeit

Streitsachen gegen

1. Finanzamt Oberalster
2. Finanzamt Hamburg-Wandsbek

B. Besondere Zuständigkeit

1. Kindergeldsachen A – K
2. Streitigkeiten im Sinne des § 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO
3. Streitigkeiten, bei denen Beklagter / Antragsgegner die Finanzbehörde der FHH ist
4. Rechtshilfeersuchen einschließlich der Anträge nach den §§ 94, 96 Abs. 7 Satz 5 AO, § 158 FGO
5. Sonstige Sachen, soweit ein anderer Senat nicht zuständig ist

2. Senat

Vorsitzende:

Vorsitzende Richterin
am Finanzgericht

Ständige Mitglieder:

Richterin am Finanzgericht

Richterin am Finanzgericht



Ehrenamtliche Richter:

Lt. Anlage B

A. Allgemeine Zuständigkeit

Streitsachen gegen

1. Finanzamt Hamburg-Mitte
2. Finanzamt Hamburg-Hansa
3. Finanzamt für Verkehrsteuern und Grundbesitz
in Hamburg, soweit nicht der 3. Senat zuständig
ist

B. Besondere Zuständigkeit

Angelegenheiten der ehrenamtlichen Richter

3. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter
am Finanzgericht

Ständige Mitglieder:

Richter am Finanzgericht
Richterin am Finanzgericht
Richter am Finanzgericht

Ehrenamtliche Richter:

Lt. Anlage C

A. Allgemeine Zuständigkeit

Streitsachen gegen

1. Finanzamt Hamburg-Am Tierpark
2. Finanzamt Hamburg-Bergedorf

B. Besondere Zuständigkeit

1. Erbschaft- und Schenkungsteuer
2. Grunderwerbsteuer
3. Grundsteuer
4. Einheitsbewertung des Grundbesitzes und des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens
5. Gesonderte Feststellung der Grundbesitzwerte, der Werte von Betriebsvermögen oder Anteilen am Betriebsvermögen, der Werte von Kapitalgesellschaftsanteilen, der Werte von anderen Vermögensgegenständen und Schulden, die mehreren Personen zustehen
6. Kirchensteuer, soweit sie nicht von der Einkommensteuer als Maßstabsteuer abhängt

4. Senat

Gemeinsamer Senat des Finanzgerichts Hamburg für die
Länder Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und
Schleswig-Holstein

Vorsitzender:

Vizepräsident
des Finanzgerichts

Ständige Mitglieder:

Richter am Finanzgericht

Richter am Finanzgericht

Richter am Finanzgericht

*Die Tätigkeit im 3. Senat hat Vor-
rang.

Ehrenamtliche Richter:

Lt. Anlage D

B. Besondere Zuständigkeit

1. Verbrauchsteuern, soweit sie von den Finanzbehörden des Bundes verwaltet werden
2. Zölle und Finanzmonopole
3. Angelegenheiten auf dem Gebiet des Europäischen Marktordnungsrechts
4. Sonstige Angelegenheiten, die der Zollverwaltung aufgrund von Rechtsvorschriften übertragen worden sind

5. Senat

Vorsitzende:

Vorsitzende Richterin
am Finanzgericht

Ständige Mitglieder:

Richterin am Finanzgericht

Richterin am Finanzgericht

Richter am Finanzgericht

Ehrenamtliche Richter:

Lt. Anlage E

A. Allgemeine Zuständigkeit

Streitsachen gegen

1. Finanzamt Hamburg-Nord
2. Finanzamt Hamburg-Eimsbüttel
3. Finanzamt Hamburg-Harburg
4. Finanzamt für Steuererhebung in Hamburg
5. Kindergeldsachen L – Z

6. Senat

Vorsitzender:

Präsident
des Finanzgerichts

Ständige Mitglieder:

Richter am Finanzgericht

Richter am Finanzgericht

Ehrenamtliche Richter:

Lt. Anlage F

A. Allgemeine Zuständigkeit

Streitsachen gegen

1. Finanzamt für Großunternehmen in Hamburg
2. Finanzamt Hamburg-Altona
3. Finanzamt Hamburg-Barmbek-Uhlenhorst

B. Besondere Zuständigkeit

1. Erinnerungen im Kostenansatzverfahren
(ohne Entscheidungen nach § 21 GKG)
2. Erinnerungen im Kostenfestsetzungsverfahren

A. Anhängige Verfahren

Die anhängigen Verfahren verbleiben in der durch die vorangegangenen Geschäftsverteilungspläne festgelegten Zuständigkeit.

B. Regelung für mehrere Senate

I. Die Zuständigkeit für einstweilige Anordnungen, Prozesskostenhilfesachen und Anträge auf Aussetzung der Vollziehung richtet sich nach der Zuständigkeit für die Hauptsache.

II. Die besondere Zuständigkeit erfasst auch Streitsachen aus dem allgemeinen Abgabenrecht (z. B. steuerliche Nebenleistungen, Stundung, Erlass, Haftung, Duldung, Prüfungsanordnung usw.).

III. Für Nebenentscheidungen (wie z. B. Streitwertfestsetzungen, Beschlüsse nach § 139 Abs. 3 Satz 3 FGO), die nach Abschluss des Verfahrens in der Hauptsache zu treffen sind, ist der Senat zuständig, der die das Verfahren in der Hauptsache abschließende Entscheidung getroffen hat.

IV. Die Zuständigkeit eines Senats wird durch eine Veränderung der sie begründenden Umstände nicht berührt.

In den nach § 6 Abs. 3 der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik, Stand: 1.1.2010) als erledigt geltenden Verfahren bleibt es auch im Falle einer Fortführung des Verfahrens bei der Zuständigkeit des Senats, für den die Zählkarte ausgefüllt worden ist. Entsprechendes gilt für Zurückverweisungen und Wiederaufnahmeklagen. Nach Auflösung eines Senats richtet sich die Zuständigkeit nach dem geltenden Geschäftsverteilungsplan.

V. Steht ein neu eingehendes Verfahren eines Senats mit einem anhängigen Verfahren eines anderen Senats in sachlichem Zusammenhang, ist der Senat des bereits anhängigen Verfahrens zuständig.¹

¹ Sachzusammenhang liegt insbesondere vor bei Klage und vorläufigem Rechtsschutzverfahren sowie in den Fällen, in denen eine Verbindung der Verfahren nach § 73 FGO zulässig wäre.

VI. Zuständiger Richter im Sinne des § 158 FGO ist das im Geschäftsverteilungsplan zuletzt aufgeführte Mitglied des 1. Senats.

VII. Soweit eine Zuständigkeit nach Buchstaben gegeben ist, ist der Anfangsbuchstabe des Familiennamens – bei mehreren Klägern / Antragstellern der im Alphabet vorgehende – maßgebend. Titel, Adelsbezeichnungen und sonstige Vorsätze bleiben außer Betracht.

C. Vertretung

I. Vertretung des Vorsitzenden

Der Senatsvorsitzende wird durch das bei den einzelnen Senaten jeweils an erster Stelle aufgeführte ständige Mitglied des Senats² vertreten, bei dessen Verhinderung durch das nächst aufgeführte Mitglied, und so fort. Sind alle ständigen Mitglieder des Senats verhindert, wird der Vorsitzende durch den jeweils dienstjüngsten Vorsitzenden Richter vertreten.

II. Vertretung des Einzelrichters und Berichterstatters

Die ständigen Mitglieder des Senats werden als Einzelrichter bzw. Berichterstatter, soweit eine senatsinterne Geschäftsverteilung nicht entgegensteht, vom Vorsitzenden vertreten.

Ist der Senatsvorsitzende Einzelrichter i.S.d. § 6 FGO oder zum Berichterstatter bestellt (§ 79 a FGO), wird dieser, soweit eine senatsinterne Geschäftsverteilung nicht entgegensteht, durch die ständigen Mitglieder des Senats nach Maßgabe von Ziffer I. Satz 1 vertreten. Sind alle ständigen Mitglieder des Senats verhindert, richtet sich die Vertretung nach Ziffer III.

III. Vertretung

² Als ständige Mitglieder des Senats im Sinne des GVPI. gelten die Beisitzer.

1. Die verhinderten Mitglieder eines Senats werden von den ständigen Mitgliedern des in der Vertretungsreihenfolge nächsten Senats beginnend mit dem an letzter Stelle aufgeführten ständigen Mitglied vertreten. Die Senate vertreten sich in aufsteigender Reihenfolge.

Die Sitzungstätigkeit im eigenen Senat hat Vorrang.

2. Richter am Finanzgericht [REDACTED] ist von der senatsübergreifenden Vertretung ausgenommen.

IV. Vertretung im überbesetzten Senat

Tritt bei einem mit mehr als drei Richtern besetzten Senat ein Vertretungsfall ein, so werden zunächst die der Sitzgruppe nicht angehörenden ständigen Mitglieder des Senats zur Vertretung herangezogen beginnend mit dem im Geschäftsverteilungsplan zuletzt aufgeführten Mitglied. Im Übrigen richtet sich die Vertretung nach Ziffer III.

D. Befangenheitsanträge

1. Werden alle Mitglieder eines Senats von einem Beteiligten abgelehnt oder lehnen alle Mitglieder eines Senats sich selbst ab, so entscheidet über die Ablehnung der vorangehende Senat in der im Geschäftsverteilungsplan aufgeführten Reihenfolge.

Ist die Ablehnung insgesamt begründet, so ist für die Entscheidung in der Sache selbst der nach der Vertretungsreihenfolge nächste Senat in der im Geschäftsverteilungsplan aufgeführten Reihenfolge zuständig. Ist die Ablehnung lediglich bezogen auf einzelne Senatsmitglieder begründet, gilt hinsichtlich der Entscheidung in der Sache selbst Ziffer 2. Absatz 2 entsprechend.

2. Wird ein Berufsrichter von einem Beteiligten abgelehnt oder lehnt ein Berufsrichter sich selbst ab, so entscheiden über die Ablehnung, soweit die Zahl der Richter des Senats des abgelehnten Richters für die Entscheidung nicht mehr ausreicht, die

ständigen Mitglieder³ des vorangehenden Senats beginnend mit dem an letzter Stelle aufgeführten ständigen Mitglied.

Ist die Richterablehnung begründet, ergänzt sich der Senat um die ständigen Mitglieder des nach der Vertretungsreihenfolge nächsten Senats beginnend mit dem an letzter Stelle aufgeführten ständigen Mitglied.

Ziffer C. III. 2 des Geschäftsverteilungsplans gilt entsprechend.

3. Der Präsident ist von der Entscheidung über Befangenheitsanträge ausgenommen.

E. Ehrenamtliche Richter

I. Die ehrenamtlichen Richter sind in der Reihenfolge zu den Sitzungen zu laden, wie sie in den Anlagen A bis H zum Geschäftsverteilungsplan aufgeführt sind. Maßgebend für die Reihenfolge ist das Datum der Ladungsverfügung. Ordnet ein Vorsitzender an einem Tag die Ladung ehrenamtlicher Richter für mehrere Sitzungen an, sind die ehrenamtlichen Richter in der zeitlichen Reihenfolge der Sitzungen zu laden.

Wird nach einer vor dem besetzten Senat durchgeführten mündlichen Verhandlung das Verfahren fortgesetzt, so nehmen die bisherigen ehrenamtlichen Richter an dem weiteren Verfahren teil.

II. An die Stelle eines verhinderten ehrenamtlichen Richters tritt der ihm in der Liste folgende ehrenamtliche Richter, sofern dieser nicht bereits für eine andere Sitzung geladen ist. Ein verhinderter ehrenamtlicher Richter wird erst beim nächsten Durchgang durch die Liste (siehe Ziffer I.) wieder berücksichtigt.

Sind alle ehrenamtlichen Richter eines Senats verhindert, werden sie durch die ehrenamtlichen Richter des nachfolgenden Senats vertreten.

³ Als ständige Mitglieder des Senats im Sinne des GVPl. gelten die Beisitzer.

III. Wird eine Sitzung, nachdem die Ladung der ehrenamtlichen Richter durch die Geschäftsstelle abgesandt worden ist, auf einen anderen Termin verlegt, nehmen die ehrenamtlichen Richter auch an dem neuen Sitzungstermin teil.

Im Übrigen gilt jeder ehrenamtliche Richter, der zu einer Sitzung geladen ist, als zu einer Sitzung herangezogen im Sinne des § 27 FGO. Dies gilt insbesondere auch für den Fall, dass eine Sitzung, nachdem die Ladung der ehrenamtlichen Richter durch die Geschäftsstelle abgesandt worden ist, aufgehoben wird oder aus einem anderen Grunde ausfällt.